

IMPULSPAPIER

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Demokratieförderung im Übergangssystem

FACHSTELLE DEMOKRATIEFÖRDERUNG IM ÜBERGANGSSYSTEM



KOMPETENZNETZWERK
DEMOKRATIEFÖRDERUNG
IN DER BERUFLICHEN BILDUNG



DGB
BILDUNGSWERK BUND



KOMPETENZNETZWERK
DEMOKRATIEFÖRDERUNG
IN DER BERUFLICHEN BILDUNG

Das Kompetenznetzwerk „Demokratieförderung in der beruflichen Bildung“ besteht aus dem Kumpelverein, Minor und dem DGB Bildungswerk BUND. Es entwickelt 2020 bis 2024 auf Bundesebene im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ Modelle der Demokratieförderung in der beruflichen Bildung systematisch weiter. Dabei bezieht es alle Sektoren der Berufsbildung mit ein, also betriebliche und schulische Ausbildung, die Praxisphase im dualen Studium sowie das Übergangssystem.

Minor verantwortet im Bereich „Demokratieförderung im Übergangssystem“ die bundeszentrale Vernetzung, Beratung, Qualifizierung, Analyse, Konzeptentwicklung und Publikation im Übergangssystem und arbeitet dazu mit diversen Akteuren zusammen. Dazu zählen Ausbilderinnen und Ausbilder, Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen, Akteure im Übergangssystem, pädagogisches Fachpersonal, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Träger im Bundesprogramm „Demokratie leben!“, Jugendverbände, Berufsschülerinnen und Berufsschüler sowie Jugendliche im Übergangssystem.

Mehr Informationen unter:

www.minor-kontor.de/demokratieforderung-im-uebergangssystem.

Die Fachstelle „Demokratieförderung im Übergangssystem“ des Kompetenznetzwerks „Demokratieförderung in der beruflichen Bildung“ ist ein Projekt von:

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH
Alt-Reinickendorf 25
13407 Berlin
www.minor-kontor.de



Autorinnen: Tanja Berg, Antonia Koßler
Gestaltung: ultramarinrot

Juli 2021

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Demokratieförderung im Übergangssystem

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Demokratieförderung im Übergangssystem

Als Fachstelle „Demokratieförderung im Übergangssystem“ befassen wir uns zum einen damit, die unterschiedlichen Akteur*innen der Demokratiepädagogik und der politischen Bildung zu stärken und zu vernetzen. Zum anderen wollen wir Bildungsansätze und -methoden der Demokratieförderung speziell für die Arbeit im Übergangssystem entwickeln. Zudem erarbeiten und diskutieren wir Strategien für den Ausbau und die nachhaltige Verankerung von Partizipationsmöglichkeiten im Übergangsbereich mit unterschiedlichen Akteur*innen im Feld. Indem die Fachstelle in den Austausch mit Akteur*innen der Bildungspolitik tritt, um Ansätze und Potenziale der Bildungspolitik zu sammeln und aufzuzeigen, soll der Stellenwert der politischen Bildung in der beruflichen Bildung gestärkt und Demokratieförderung in den Regelstrukturen des Übergangssystems verankert werden. Dazu stehen wir im Austausch mit Lehrenden, Lernenden und Behörden, mit Forschung, Bildungsträgern, (Modell-) Projekten, Verbänden und Interessenvertretungen. Wir greifen aktuelle Themen und Herausforderungen im Übergangssystem auf und beziehen die vielfältigen Perspektiven und Expertisen ein.

Das Übergangssystem ist generell durch vielfältige strukturelle und individuelle Rahmenbedingungen geprägt. Die Corona-Pandemie und ihre Folgen stellen aktuell eine immense Herausforderung dar, sowohl für das Übergangssystem als solches als auch für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die Lehrkräfte, Ausbilder*innen und Sozialarbeiter*innen. So müssen zum einen neue Unterrichtsformen und andere Lernformate gefunden werden, mit denen Jugendliche und junge Erwachsene auch zu Hause erreicht werden, zum anderen fallen Praktikumsphasen häufig aus und müssen kompensiert werden. Das schlägt sich in der Gestaltung des Alltags der jungen Menschen nieder und verändert diesen erheblich. Nicht nur die schulischen und betrieblichen Lern- und Arbeitsphasen werden eingeschränkt, sondern auch ein Großteil der sozialen Kontakte der jungen Erwachsenen. Das resultiert in einem veränderten Freizeit- und Sozialverhalten, das teilweise mit Vereinsamung, bis hin zu Videospiel- oder Mediensucht einhergehen kann.

Die Pandemie wirkt sich aber auch allgemein auf die Zukunftserwartungen junger Menschen aus. So müssen sie zusätzlich zu den schulisch bedingten veränderten Lern- und Prüfungsbedingungen mit wachsenden Zukunftsängsten umgehen. Der Umgang mit diesen unterschiedlichen Herausforderungen wird überdies für viele erschwert, da individuelle Begleitungen derzeit oft ersatzlos ausfallen. Dabei sind es ausgerechnet diese persönlichen Bezüge und Unterstützungsangebote, die für viele eine wichtige und konkrete Hilfestellung wären. Aber nicht nur die Jugendlichen und jungen Erwachsenen gilt es zu berücksichtigen: Eine ganze Gruppe junger Erwachsener ist 2020 nicht wie erwartet in Strukturen und Angeboten des Übergangssystems angekommen – eine Lage, die sich im Jahr 2021 verfestigen könnte. Angesichts dieser sich zuspitzenden Entwicklung möchten wir als Fachstelle „Demokratieförderung im Übergangssystem“ die Bedarfe auf Seiten der verschiedenen Akteur*innen als auch der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Übergangssystem erfassen, um anschließend zu fragen, welchen Stellenwert die Demokratieförderung zurzeit haben kann oder sollte.

In diesem Papier möchten wir uns den Fragen, Themen und Bedarfen, die sich sowohl für die Arbeit im Übergangssystem als auch für die Demokratieförderung und die politische Bildung

in und nach der Pandemie ergeben, auseinandersetzen. Wir berücksichtigen dazu die Perspektiven verschiedener Akteur*innen im Übergangsbereich – insbesondere mit Blick auf die Stärkung und den Ausbau demokratischer Strukturen und Inhalte in diesem Bereich der beruflichen Bildung. Das Papier basiert zum einen auf der Analyse aktueller Forschung, Interviews und Stellungnahmen, zum anderen auf den Erkenntnissen aus dem Fachaustausch, den wir im Mai 2021 veranstaltet haben. Durch den Fachaustausch war es uns möglich, unsere Einschätzung der aktuellen Lage mit den theoretischen Ansätzen und praktischen Erfahrungen der Teilnehmer*innen abzugleichen.

Im Folgenden fassen wir zunächst zusammen, welche Prognosen zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie derzeit für den Bereich der beruflichen Bildung, insbesondere für das Übergangssystem, gemacht werden. Im nächsten Schritt nehmen wir die Situation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen am Übergang Schule – Beruf genauer in den Blick und gehen der Frage nach, wie sich die Pandemie-Situation auf junge Menschen in Übergangssituationen auswirkt. Anschließend gehen wir dem Stellenwert politischer Bildung zu Zeiten der Pandemie nach und stellen dar, welche Themen der Demokratieförderung unter dem Eindruck der Pandemieerfahrungen besonders an Bedeutung gewinnen. Zuletzt geben wir einen Ausblick auf mögliche zukünftige Entwicklungen und formulieren einige Hypothesen und Fragen, denen wir in den nächsten Monaten nachgehen werden.

Der Übergangsbereich wird wachsen

Das Übergangssystem ist u. a. aufgrund geringerer Zuwanderung nach Deutschland¹ und zahlreicher Übergänge in Ausbildungsverhältnisse in den letzten Jahren geschrumpft (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020, S. 153–155). Eine ähnliche Entwicklung war für die 2020er Jahre vorhergesagt worden. Aufgrund der Corona-Krise wird mittlerweile jedoch von einem starken Wachstum des Übergangssystems in den nächsten Jahren ausgegangen (vgl. Dohmen et al. 2021, S. 51). Aufgrund der pandemiebedingten Umsatzausfälle in zahlreichen Branchen ist das Ausbildungsplatzangebot rückläufig: Nur ein Drittel der ausbildungsberechtigten Betriebe – und damit 20% weniger als im Jahr 2019 – will in 2021 ausbilden (vgl. IAB-Forum 2021). Diese Entwicklung schlägt sich bereits im Januar dieses Jahres in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit nieder, die 35.000 weniger Ausbildungsplätze registrierte als im Vorjahreszeitraum. Für 2021 erwarten Studien einen Rückgang der Ausbildungsverträge um 5 bis 10% (vgl. Dohmen et al. 2021, S. 50). Wenngleich für 2020 weiterhin ein Rückgang der Neuzugänge im Übergangssystem registriert wurde (vgl. Statistisches Bundesamt 2021), wird davon ausgegangen, dass die Einmündungen analog zum Rückgang der Ausbildungsneuverträge deutlich zunehmen werden (vgl. Dohmen et al. 2021, S. 48). Nachdem das Verhältnis von Neuzugängen in den drei Teilsystemen der beruflichen Bildung in den Jahren 2018 und 2019 relativ konstant geblieben war (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020, S. 152), ist zu erwarten, dass sich dieses Verhältnis deutlich verändern wird. Die Zahl der Ausbildungsstellen könnte demnach bis 2028 auf ein Niveau von 392.000 Stellen sinken (vgl. Dohmen et al. 2021, S. 51). Aufgrund der kompensatori-

1 Die verstärkte Fluchtmigration 2014–2016, im Zuge derer zahlreiche überwiegend Jugendliche und junge Erwachsene nach Deutschland einwanderten, die zu einem Teil nicht über in Deutschland anerkannte Berufsabschlüsse verfügten, hatte zu einem Wachstum des Übergangssystems geführt.

schen Funktion des Übergangssystems würde dieses entsprechend wachsen und könnte ab Mitte der 2020er Jahre sogar höhere Eingangszahlen verzeichnen als das duale System (vgl. ebd., S. 48). Im diesjährigen Fachaustausch der „Fachstelle Demokratieförderung im Übergangssystem“ wurde diese Entwicklung kontrovers diskutiert. Die Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis halten die Prognosen zwar für realistisch, weisen aber darauf hin, dass die entsprechenden Statistiken der Bundesagentur für Arbeit noch nicht darauf hindeuten. Außerdem gelte es hier die Entwicklung in den einzelnen Maßnahmenformate zu differenzieren. Zudem sei zu erwarten, dass durch ein entsprechendes Gegensteuern durch Bundesregierung und Wirtschaftsverbände viele Betriebe dabei unterstützt werden können, Ausbildungsplätze zu halten.

Situation und Unterstützungsbedarfe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen am Übergang

Barbara Stauber, Professorin für Sozialpädagogik mit Schwerpunkt in biografischer Übergangspädagogik verdeutlicht, dass die Verwundbarkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gerade in Übergangssituationen besonders hoch sei (vgl. Stauber 2021, S. 3). Übergänge, wie sie zwischen der allgemeinbildenden Schule und der beruflichen Bildung durchlebt werden, gehen einher mit Unsicherheiten in Bezug auf die eigene Identität, persönliche Ziele und Möglichkeiten sowie die gesellschaftliche Verortung. Dieser Übergang in neue Vorstellungen und ein neues Erleben vom Selbst ist nur in Beziehungen zu anderen denkbar: zu Freund*innen, zu Gleichaltrigen mit ähnlichen Aspirationen aber natürlich auch zu Lehrer*innen. Jugendliche und junge Erwachsene, so Stauber, seien bei der Bewältigung von Übergängen angewiesen auf „funktionierende und anerkennende persönliche Beziehungen“ (ebd.). Die Folgen der Pandemie erschweren nicht bloß die Lernsituationen an sich, sondern auch Erfahrungen von Zugehörigkeit, Selbstwirksamkeit und Teilhabe. Das Fehlen von Peer-Kontakten, Rollenmodellen und Zukunftsbezügen kann zur Folge haben, dass sie den hohen Anforderungen, die eine Übergangssituation an sie stellt, noch schlechter gerecht werden können. Prof. Dr. Frank Elster, Geschäftsführer von Jugendbildung Hamburg und Professor für Soziale Arbeit, berichtet im Interview mit der Fachstelle im April 2021, der Bedarf der Jugendlichen und jungen Erwachsenen nach Ansprechpartner*innen habe sich in der Pandemie deutlich erhöht. Nachdem Jugendbildung Hamburg im März 2020 seine Räumlichkeiten vorläufig schließen und auf telefonische bzw. digitale Angebote umsteigen musste, verstärkte sich die Bindung der jungen Erwachsenen an diese Angebote sogar. Einen Erklärungsansatz sieht Elster darin, dass vielen Jugendlichen die aus den Angeboten erwachsene Tagesstruktur sowie der Kontakt zu Sozialarbeiter*innen und Peers fehlen. Die Expert*innen im Fachaustausch teilen diesen Eindruck: Aufgrund des fehlenden Kontakts zu anderen Jugendlichen als auch aufgrund der erschwerten Betreuungsbedingungen durch das pädagogische Fachpersonal werde die Situation von jungen Menschen am Übergang noch prekärer. Häufig, so wissen die Teilnehmer*innen des Fachaustausch zu berichten, seien Fortschritte und Erfolge, die vor der Pandemie erreicht worden sind, gefährdet gewesen. Die Erfahrung zeige außerdem, dass die Betreuung aus der Ferne mehr Ressourcen beansprucht.

Insbesondere aus der Jugendsozialarbeit wird die Forderung lauter, die Begleitung und Unterstützung von Jugendlichen in Zeiten der Corona-Pandemie trotz höheren Aufwands nicht zu reduzieren, sondern stattdessen auszubauen. Das fordert bspw. Maria Kechaja, die in Empowerment- und Jugendkulturarbeit bei adis e.V. tätig ist, in einem Gespräch mit Prof. Barbara Stauber: „In solchen Krisenzeiten braucht es nicht weniger, sondern mehr Soziale

Arbeit. Da die jungen Menschen allein zu lassen, ist unmöglich und unverantwortlich. Ich sehe auch nicht, dass hier wirklich ein gesellschaftliches Bewusstsein für die Relevanz und Dringlichkeit von Jugendsozialarbeit da ist.“ (Kechaja und Stauber 2021, S. 5). Sie betont die Notwendigkeit kontinuierlicher Unterstützungssysteme für Jugendliche und fordert im selben Gespräch eine „Lobbyarbeit für Jugendliche“ (ebd., S. 5), die in Zeiten der Corona-Pandemie häufig auf ihre Rolle als wahlweise Schüler*innen, Auszubildende oder Studierende reduziert würden. Und das, obwohl insbesondere diese Gruppe Älteren und Risikogruppen gegenüber viel Solidarität zeige und dazu in den letzten Monaten wiederholt harte Einschnitte ihres Alltags in Kauf genommen habe (vgl. ebd., S. 4). Die mit der Pandemie verbundenen jugendspezifischen Herausforderungen müssten von Pädagog*innen anerkannt werden. Außerdem sei „politisch (...) dafür zu sorgen, dass Jugendliche als Expert*innen im Umgang mit der Pandemie eine Stimme bekommen“ (ebd., S. 5). Der Bayerische Jugendring (BJR) und die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Jugendsozialarbeit Bayern in einer gemeinsame Stellungnahme kritisieren, dass die Sichtweise junger Menschen bei der Bewältigung der Corona-Pandemie weitestgehend ignoriert würde. BJR-Präsident Matthias Fack stellt fest: „Die Mehrheit junger Menschen hat sich in der Corona-Pandemie solidarisch gezeigt und sich entgegen einer falschen öffentlichen Wahrnehmung an die Regeln gehalten. Jetzt ist es dringend notwendig, sie besser teilhaben zu lassen und ihnen die gebotene Wertschätzung entgegenzubringen.“ (Bayrischer Jugendring; LAG Jugendsozialarbeit Bayern 12.02.2021). Sie betonen außerdem, dass insbesondere sozial benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene gerade jetzt Unterstützung benötigten. Diese, so Klaus Umbach, Vorsitzender der LAG Jugendsozialarbeit Bayern, seien in der aktuellen Situation besonders gefährdet und bräuchten „dringend eine Perspektive, zusätzliche Orientierung und ein Gegensteuern für bessere Chancen“ (ebd.). Mit Blick auf das Übergangssystem warnt er: „Fatal, wenn ausgerechnet jetzt für bewährte Angebote in Bayern wie Berufseinstiegsbegleitung und Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit das Geld fehlt.“ (ebd.). Er betont den Stellenwert außerschulischer Angebote der Jugend- und Jugendsozialarbeit für die Identitätsbildung und Persönlichkeitsentwicklung und stellt fest: „die Orte, an denen positive Entwicklungen wahrgenommen und Selbstwirksamkeit bestärkt und gefördert werden können, fehlen vielfach“ (ebd.).

Für Jugendliche und junge Erwachsene im Übergangssystem kommt eine weitere Herausforderung hinzu: Aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Lage zahlreicher Betriebe und der Infektionsschutzmaßnahmen, die eine Ausbildung zusätzlich erschweren, fürchten junge Menschen darum, nach Abschluss ihrer Bildungsgänge und Qualifizierungen keinen Ausbildungsplatz finden zu können. Insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene mit niedrigem oder fehlendem Schulabschluss sinken die Chancen auf eine Ausbildungsstelle weiter. Barbara Stauber kommentiert: „Die Angst um den Ausbildungsplatz ist sicher berechtigt: Gerade die Bereiche, in die viele der jungen Menschen mit Fluchtgeschichte einmünden, etwa die Gastronomie, machen gerade keine Zusagen mehr – schon verabredete Bewerbungsgespräche finden nicht statt, Ausbildungsbeginne werden verschoben, und das, was den Übergang in Ausbildung und Beruf für viele erst möglich macht – Praktika, Schnupperphasen – kann in vielen Bereichen nicht stattfinden.“ (Kechaja und Stauber 2021, S. 4). Insbesondere in den Branchen, in denen Jugendliche und junge Erwachsene mit niedrigen Schulabschlüssen bisher recht gute Chancen hatten, werden Ausbildungsplätze abgebaut. Von einer weiteren Verschlechterung ist nicht nur aufgrund der Corona-Pandemie auszugehen. Zusätzlich wächst die Konkurrenz um Ausbildungsstellen aufgrund des steigenden Anteils junger Menschen mit Abitur, die ins duale Ausbildungssystem einmünden (vgl. Dohmen et al. 2021, S. 26).

Neben der negativen Entwicklung am Ausbildungsstellenmarkt und den dadurch steigenden Zukunftsängsten sind die Jugendlichen aufgrund der Corona-Pandemie mit veränderten Bedingungen für das Lernen und die Prüfungsvorbereitung konfrontiert – bei teilweise unveränderten Anforderungen (vgl. Kechaja und Stauber 2021, S. 4). In der Phase der Berufsorientierung erleben die Jugendlichen und jungen Erwachsenen ebenfalls mehr Unsicherheiten und können auf weniger Angebote der Beratung zurückgreifen – infolge längerer Suchphasen und Überforderung ziehen sie sich evtl. vom Ausbildungsmarkt zurück (vgl. Der Paritätische Gesamtverband 22.02.2021). Studien weisen darauf hin, dass einerseits diejenigen Jugendlichen, die es bereits vor der Corona-Pandemie schwerer hatten, in eine qualifizierende Ausbildung zu gelangen, nun aufgrund der rückläufigen Zahl an Ausbildungsverträgen noch geringere Anschlussperspektiven haben. Andererseits trifft es aber auch Jugendliche und junge Erwachsene mit oder ohne Hauptschulabschluss oder mit Realschulabschluss, die ohne die Einflüsse der Corona-Pandemie gute Chancen auf eine Ausbildungsstelle gehabt hätten (Dohmen et al. 2021, S. 57).

Stellenwert politischer Bildung und Demokratieförderung in der Pandemie

Zweifellos belastet die Pandemie unsere Gesellschaft – konkret auch das Übergangssystem und die Akteur*innen darin. Zugleich besteht im Fachdiskurs Einigkeit darüber, dass die Corona-Pandemie zahlreiche und sehr dynamische Lerngelegenheiten bietet. Themen, die durch die Krise besonders zu Tage treten, sind unter anderem soziale Ungleichheit, Relevanz demokratischer Aushandlungsprozesse, die Diskussion um Grundrechteinschränkungen, die Rolle der Medien, Ursprung von und Umgang mit Verschwörungsideologien, Solidarität und demokratische Werte, die Rolle des Nationalstaates in globalen Krisen sowie das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus (vgl. DVBP 2020). Diese aktuellen Bezüge gilt es in der politischen Bildung aufzugreifen, um Möglichkeiten der kritischen Ver- und Bearbeitung diverser Themen und der persönlichen sowie kollektiven Erfahrungen zu schaffen.

Die Gemeinsame Initiative der Träger politischer Bildung im Bundesausschuss politische Bildung (GEMINI) weist darauf hin, dass die durch die Krise verursachte Verstärkung sozialer und gesellschaftlicher Polarisierungen, bzw. das erhöhte Bewusstsein für diese, die Aufgaben politischer Bildung „vergrößert und vervielfältigt“ (GEMINI 2020, S. 3). Des Weiteren trägt die im Kontext der Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens erlebte Ohnmacht und Erfahrung des Nicht-Gehört-Werdens von Jugendlichen und jungen Erwachsenen (vgl. Andresen et al. 2020) dazu bei, ihre ohnehin geringe politische Einflusserswartung noch zusätzlich zu mindern (vgl. GEMINI 2020, S. 1). Die gleichzeitige Einschränkung von Diskussions- und Erfahrungsräumen durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie erschwere die gemeinsame Reflexion der Krisenerfahrung, sowie die Förderung politischer Urteilsbildung und demokratischer Handlungsfähigkeit, die gerade jetzt vonnöten sei. Die „Brennglas-Wirkung“ der Pandemie verdeutliche somit die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen und deren Begleitung durch Formate der politischen Bildung (vgl. ebd., S. 2). Im Kreis der Expert*innen des Fachaustauschs wird ein weiterer wichtiger Aspekt politischer Bildung und Demokratieförderung benannt, der durch die Pandemie besonders deutlich geworden ist: Der Erwerb von Medienkompetenz. Der Umgang mit Social Media müsste einen zentralen Inhalt von Angeboten politischer Bildung darstellen.

Auch im 16. Kinder- und Jugendbericht wird betont, die Corona-Pandemie stelle einen „Stress-test für die offene demokratische Gesellschaft“ dar (BMFSFJ 2020, S. 8). Gleichzeitig führe sie zur Vernachlässigung von Orten der politischen Bildung und gemeinsamen Erfahrung (vgl. ebd., S. 519). Ebenso werden die eingeschränkten Möglichkeiten zur Artikulation politischer Meinung durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie problematisiert (vgl. ebd., S. 522) und es wird hervorgehoben, dass politische Teilhabe auch in der Krise gewährleistet werden müsse. Schließlich wird darauf hingewiesen, dass Corona „als Lernanlass für die politische Bildung zahlreiche Anknüpfungspunkte“ biete (vgl. ebd., S. 524). Durch politische Bildung könnten Jugendliche und junge Erwachsene dabei unterstützt werden, „mit der Krise konstruktiv und gestaltend umzugehen“ (vgl. ebd., S. 524).

Herausforderungen und Möglichkeitsfenster

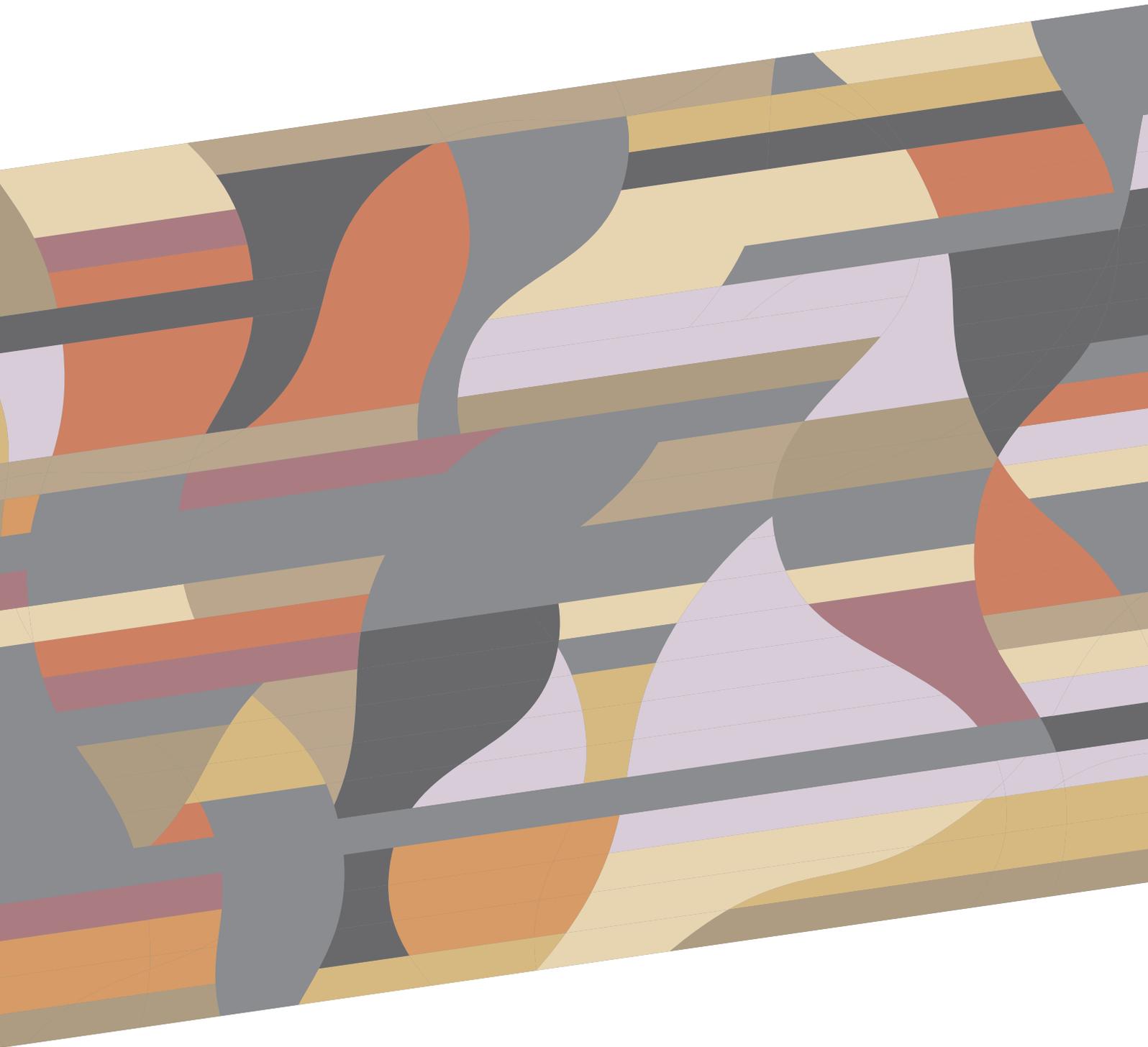
Das Übergangssystem kann als besonders fluider Bereich der beruflichen Bildung bezeichnet werden. Seit seinen Anfängen in den 70er Jahren unterliegen die Angebote im Übergangsbereich beständiger Veränderung – entsprechend den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen und den damit einhergehenden bildungspolitischen Aushandlungen. Insofern kann und sollte die Zeit der Corona-Pandemie als erneuter Anlass betrachtet werden, die Phase des Übergangs entsprechend den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu gestalten. Die Corona-Krise wird häufig als „Brennglas“ bezeichnet, weil sie den Blick auf bereits bestehende Missstände richtet. So schärft sie den Blick für die strukturellen Schwächen im Bereich des Übergangs zwischen Schule und Ausbildung und wird deutliche Auswirkungen auf das Übergangssystem an sich und seine Akteur*innen zur Folge haben. Sie bringt aber auch andere unverhoffte und häufig nicht einfach zu bewertende Effekte hervor.

Darunter ist zum einen die umfassende Digitalisierung von Angeboten zu nennen. Diese produziert Ausschlüsse, wenn Jugendliche nicht die materiellen oder kognitiven Zugänge zu digitalen Lebenswelten haben. Ein verbesserter Umgang mit digitalen Medien kann den Lehrkräften, Sozialarbeiter*innen, Ausbilder*innen aber auch den Jugendlichen und jungen Erwachsenen helfen, neue Formate, Methoden und Themen für die gemeinsame Arbeit zu finden. So kann die Digitalisierung ermöglichen, bisher kaum lösbare Herausforderungen im Übergangsbereich in Berufsschulen und Maßnahmenträgern zu bewältigen. Partizipation und Mitgestaltung von Entscheidungsprozessen lassen sich beispielsweise trotz Entfernung, komplexer Stundenpläne und wechselnden Präsenzzeiten besser umsetzen. Die Teilnehmer*innen des Fachaustauschs bestätigen, dass die verstärkte Nutzung digitaler Medien viele positive Erfahrungen ermöglicht habe. Sie weisen aber auch darauf hin, dass das Digitale keineswegs die analogen Angebote ersetzen könnten. Vielmehr müsse nun genau evaluiert werden, welche der digitalen Formate weiter genutzt und entsprechend weiterentwickelt werden sollten, um sie in das bestehende analoge Angebot zu integrieren. Auf diese Weise könnten die positiven Effekte, die sich beim Einsatz digitaler Medien gezeigt haben, wie zum Beispiel die Niedrigschwelligkeit, weiter genutzt werden, ohne jedoch das Analoge zu vernachlässigen. Es wird außerdem darauf hingewiesen, dass der Wert digitaler Angebote im Kontext politischer Bildung überprüft und hinterfragt werden müsste. Betont wird der hohe Stellenwert der Interaktion, der bei Selbstlernangeboten, beispielsweise auf der Plattform YouTube vernachlässigt werde.

Ein weiteres Thema stellt sich mit Blick auf die Verzahnung von Trägern, Berufsschulen und Unternehmen: Hier wird es darum gehen, neue und ggf. ältere Strategien zu analysieren und zu erproben, wie die Krise dazu genutzt werden kann, den Übergangsbereich stärker mit der betrieblichen Wirklichkeit zu verzahnen bzw. sich mit Fragen der Wertschätzung und Akzeptanz dieser Art der Zwischenstation für den beruflichen Werdegang auseinanderzusetzen. Im Fachaustausch wurde kritisch hinterfragt, wie groß die Auswirkungen der Pandemie auf die Strukturen im Übergangssystem sind. Daher sei auch hier betont, dass die Pandemie den Blick für strukturelle Defizite schärft, bzw. diese umso mehr hervortreten lässt – es handelt sich also um Probleme, die bereits in den bestehenden Strukturen angelegt sind und jetzt deutlicher ans Licht treten. Im Fachaustausch wurde folgenden Fragen nachgegangen: Welche strukturellen Herausforderungen identifizieren Akteur*innen aus Bildungsforschung, Modellprojekten und den etablierten schulischen und außerschulischen Maßnahmen? Welche Handlungsmöglichkeiten sehen sie und welche Forderungen sollten gestellt werden? Zum einen wurde thematisiert, dass die fehlende finanzielle sowie strukturelle Planungssicherheit (bspw. eindeutige regionale Zuständigkeiten) immer wieder Probleme produziert und ein Hindernis für die nachhaltige Arbeit im Übergangssystem darstellt. Eine strukturelle Einbettung von Inhalten politischer Bildung wird dadurch einerseits erschwert, andererseits ermöglicht die Unübersichtlichkeit der Maßnahmen und Bildungsgänge im Bereich des Übergangs auch, verschiedene Bedarfe aufzugreifen und der Vielfalt der Teilnehmenden gerecht zu werden. Die rechtskreisübergreifende Beratung und Steuerung von Projekten im Übergangssystem werden als Herausforderung bezeichnet – eine Verbesserung dieser Prozesse würde ermöglichen, Handlungsbedarfe schneller zu erkennen und aufzugreifen. Außerdem könnte schon auf dieser Ebene die Zielgruppe der Bildungsangebote in strukturelle Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden. Die Gruppe stellt außerdem fest, dass die Frage nach den Ansatzpunkten für politische Bildung im Übergangssystem schwer zu beantworten ist. Hierzu fehlten die Erhebungen, oftmals handele es sich um einzelne Beispiele und Erfahrungen, die keine generelleren Aussagen zuließen. Das Lernen im Übergangssystem vollziehe sich meist nur mit Blick auf den Arbeitsmarkt, politische Bildung finde nur in Bezug auf arbeitsmarktpolitische Themen statt, wohingegen die Lebenswirklichkeit, bzw. der Lebensweltbezug der Menschen kaum Beachtung fänden und größere gesellschaftliche Fragen nicht gestellt würden. Der Fachaustausch schließt daher mit dem gemeinsamen Wunsch nach einer stärkeren Verankerung politischer Bildung bspw. in den Lehrplänen im Übergangssystem, aber auch mit dem Anliegen, die Inhalte politischer Bildung für den Übergangsbereich anschlussfähig zu machen. Diese Impulse nehmen wir mit in die nächste Arbeitsphase im Projekt, in der die Analyse sowie Weiterentwicklung von Bildungsansätzen für die Stärkung demokratischer Verhaltensweisen, Haltungen und Strukturen im Übergangssystem im Vordergrund stehen werden.

Literaturverzeichnis

- Andresen, Sabine; Heyer, Lea; Lips, Anna; Rusack, Tanja; Schröder, Wolfgang; Thomas, Severine; Wilmes, Johanna (2020):** „Die Corona-Pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen“ – Jugendalltag 2020. Hildesheim.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2020):** Bildung in Deutschland 2020. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung in einer digitalisierten Welt. 1. Auflage. Bielefeld: wbv Media. Online verfügbar unter www.bildungsbericht.de/static_pdfs/bildungsbericht-2020.pdf.
- Bayrischer Jugendring; LAG Jugendsozialarbeit Bayern (12.02.2021):** Junge Menschen wahrnehmen, hören und beteiligen. BJR und LAG Jugendsozialarbeit Bayern kritisieren, dass Jugendliche und ihre Bedürfnisse in der Corona-Pandemie zu sehr außen vor bleiben.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2020):** 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin.
- Der Paritätische Gesamtverband (22.02.2021):** Junge Menschen nicht im Stich lassen, Ausbildung in Corona-Zeiten sichern.
- Deutsche Vereinigung für politische Bildung e. V. (2020):** Politische Bildung für die Demokratie! Positionspapier der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung zum Verhältnis von Politischer Bildung, Demokratiepädagogik und Präventionspädagogik.
- Dohmen, Dieter; Hurrelmann, Klaus; Yelubayeva, Galiya (2021):** Kein Anschluss trotz Abschluss?! Benachteiligte Jugendliche am Übergang in Ausbildung. Studie des FiBS in Kooperation mit der Akademie für Innovative Bildung und Management (aim). Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS). Berlin (FiBS-Forum, 76). Online verfügbar unter www.fibs.eu/fileadmin/dev/FiBS-Forum_076_Generation_Corona_210322_final_mit_Deckblatt.pdf.
- Gemeinsamen Initiative der Träger der außerschulischen politischen Jugendbildung GEMINI (2020):** Politische Bildung in Corona-Zeiten. Stellungnahme. Hg. v. Bundesausschuss Politische Bildung e. V. Online verfügbar unter www.arbeitundleben.de/images/download/GEMINI-Erkl%C3%A4rung-Final.pdf, zuletzt geprüft am 16.02.2021.
- IAB-Forum (2021):** Jeder zehnte ausbildungsberechtigte Betrieb könnte im kommenden Ausbildungsjahr krisenbedingt weniger Lehrstellen besetzen – IAB-Forum. Online verfügbar unter www.iab-forum.de/jeder-zehnte-ausbildungsberechtigte-betrieb-koennte-im-kommenden-ausbildungsjahr-krisenbedingt-weniger-lehrstellen-besetzen/, zuletzt aktualisiert am 26.04.2021, zuletzt geprüft am 26.04.2021.
- Kechaja, Maria; Stauber, Barbara (2021):** „... die Jugendlichen allein zu lassen, ist unmöglich und unverantwortlich ...“. Ein Gespräch mit Maria Kechaja und Prof. Dr. Barbara Stauber über die Herausforderungen der Pandemie für Jugendliche und migrationspädagogische Schlussfolgerungen. Hg. v. Andreas Foitzik und Sabine Pester. Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik BW (Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“, 31). Online verfügbar unter www.rassismuskritik-bw.de/?ddownload=1622, zuletzt geprüft am 12.05.2021.
- Statistisches Bundesamt (2021):** Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung – Anfänger/innen im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern – vorläufige Ergebnisse – 2020. Online verfügbar unter www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Schulen/Publikationen/Downloads-Schulen/schnellmeldung-ausbildungsberichterstattung-5211002207005.html, zuletzt geprüft am 26.04.2021.
- Stauber, Barbara (2021):** Erwachsen werden in Zeiten der Pandemie. Hg. v. Soz Päd Corona (Soz Päd Corona, 28).



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert durch die



Bundeszentrale für
politische Bildung